

Raus aus Afghanistan!

Am Hindukusch wird nicht unsere Freiheit verteidigt. Von deutschem Boden darf nicht weiter Krieg ausgehen! Unser Land muss Frieden schaffen, konsequent auf Abrüstung und Entwicklungshilfe setzen!

www.original-sozial.de

DIE LINKE.

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Der NATO-Krieg

Seit Ende 2001 sind Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten Teil der Besatzung und des Krieges in Afghanistan. Die Präsenz der NATO und der Bundeswehr hat das Land nicht sicherer gemacht, im Gegenteil: Die NATO ist zur größten Kriegspartei in Afghanistan geworden und ist verantwortlich für zehntausende von Kriegsopfern unter der Zivilbevölkerung. Doch anstatt ihre Niederlage und ihre Kriegsschuld einzugestehen, schicken die NATO-Staaten immer mehr Soldaten nach Afghanistan.

Der deutsche Bundestag hat am 26. Februar 2010 mit Zustimmung der Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU/FDP und SPD und bei weitgehender Enthaltung der Grünen beschließen, die Bundeswehrpräsenz von 4 500 auf 5 350 Soldaten zu erhöhen. Lediglich DIE LINKE stimmte geschlossen dagegen und ist damit die einzige Friedenspartei im Bundestag.

Insgesamt sind zur Zeit etwa 130 000 NATO-Soldaten in Afghanistan stationiert – die Tendenz ist weiter steigend. Dass damit ein »Abzug« vorbereitet werden soll, kann niemand glauben, am allerwenigsten die Menschen in Afghanistan.

Kein Kanonenfutter für den Krieg!

36 Bundeswehrsoldaten sind bereits in Afghanistan gestorben; dazu kommen zahlreiche verletzte und traumatisierte Soldaten. Die meisten toten Soldaten landen auf dem Militärflughafen Köln-Wahn. In Köln-Wahn befinden sich auch zentrale Dienststellen der Bundeswehr wie das Luftwaffenführungskommando und der Militärische Abschirmdienst (MAD). Die deutsche Task Force 47, die zusammen mit Oberst Klein das Massaker von Kunduz im letzten Herbst angeordnet hatte, bestand wohl aus Angehörigen der Kommando Spezialkräfte (KSK), des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des MAD. Insgesamt wird die Zusammenarbeit zwischen Militär- und Geheimdiensten in Afghanistan immer enger und dadurch wird der Einsatz – trotz Untersuchungsausschuss – immer weniger demokratisch kontrollierbar. In diesem schmutzigen Krieg der NATO sollen mit menschenverachtenden »Todeslisten« die militärischen Gegner beseitigt werden. Ein Verdacht wird so zum Todesurteil und dabei werden immer mehr ZivilistInnen zu Opfern des Krieges. Der Hass und die Wut gegen die Besatzer nehmen entsprechend zu.

Weil unter diesen Umständen zunehmend weniger Soldaten für den gefährlichen Einsatz

bereitstehen, macht sich die Bundeswehr die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt zunutze und versucht, in zahlreichen Arbeitsagenturen junge Menschen mit Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen zu ködern. Die Bundeswehr unterhält dazu unter anderem in Paderborn und Hamm feste Büros in den Arbeitsagenturen und in zahlreichen anderen Städten hält sie regelmäßige Sprechstunden ab (u. a. in Köln, Düsseldorf und Wuppertal).

Stoppt die Kriegsvorbereitung!

In Afghanistan tobt ein Krieg – mit Beteiligung zahlreicher Bundeswehreinheiten aus Nordrhein-Westfalen. Panzergrenadiere aus Augustdorf sind für offensive Kampfeinsätze am Boden zuständig und das Hubschrauberregiment aus Rheine sorgt in Afghanistan für den Transport. In Münster hat das deutsch-niederländische Korps seinen Sitz, das bereits 2003 das Hauptquartier der ISAF stellte und bis heute am Afghanistankrieg beteiligt ist.

Auf dem britischen Truppenübungsplatz in der Senne bereitet sich die Bundeswehr zusammen mit Briten und Soldaten aus den Beneluxstaaten auf Kriegseinsätze vor. In der Senne sollen weitere so genannte Kampfdörfer gebaut werden. Es geht dabei vor allem um die Schulung für den Häuserkampf im feindlichen Umfeld.

Keinen Euro für den Krieg

Im Jahr 2010 sind mehr als 1 Milliarde Euro als direkte Mehrkosten für den Krieg in Afghanistan eingeplant. Zusätzlich verschlingt die Bundeswehr zehnstellige Milliardenbeträge für Aufrüstungsprojekte. Gleichzeitig fehlen Gelder für Schulen, den Öffentlichen Verkehr oder den Gesundheitsbereich. Ein Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan eröffnet Chancen auf eine friedliche Entwicklung in Afghanistan und setzt gleichzeitig finanzielle Mittel für eine sozialere Politik im Inland frei.

Deshalb am Sonntag, den 9. Mai mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen.

Unterstützen Sie DIE LINKE für einen Politikwechsel in NRW. Registrieren Sie sich unter **www.linksaktiv-nrw.de** als Wahlkampfaktivistin oder Wahlkampfaktivist.

DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen
Corneliusstraße 108, 40215 Düsseldorf
Telefon: 0211/35 89 07
E-Mail: igs@dielinke-nrw.de
www.original-sozial.de

V.i.S.d.P.: Katharina Schwabedissen